Rote Einheitsfront gegen Nazimord und Faschismus!

In der Nacht vom 19. zum 20. Januar überfielen nationalsozialistische Terrorgruppen, in der Stärke von 200 Mann, bewaffnet die Kolonie **Fellenek bei Berlin** und töteten dabei den revolutionären Arbeiter **Fritz Klemke**, der erst vor kurzer Zeit in die **KPD** eingetreten war. Am nächsten Tage überfielen Nazibanden von 300 SA-Leuten **Erwerbslose** vor Berliner Stempelämtern und Arbeiterversammlungen. Nur der besonnenen Abwehr der Arbeiter war es zu verdanken, daß die Mordpläne der Nazis nicht durchgeführt werden konnten. Am Donnerstag führte ein SA-Trupp von 30 bis 40 Mann einen Ueberfall auf die **Miag-Belegschaft** in Braunschweig durch, bei dem 3 Reichsbannerarbeiter von SA-Banditen schwer verletzt wurden. Heute werden schon wieder zwei **neue Ueberfälle** aus Berlin und Braunschweig gemeldet.

Diese planmäßig vorbereiteten und organisierten Mordaktionen der Nazis sind die Fortsetzung der zahlreichen hinterhältigen Ueberfälle nationalsozialistischer Terrorgruppen die auf einzelne oder mehrere Arbeiter in der letzten Zeit durchgeführt wurden. Wir erinnern hier nur an die faschistischen Ueberfälle in Dresden, in Pirna, in Leipzig, in Limbach und in vielen anderen Orten Sachsens.

Diese Aktionen und Ueberfälle gegen die Arbeiterschaft, die von den Leitungen der Nationalsozialisten organisiert und geführt werden, sind die andere Seite des **„Legalitäts-Kurses"** Hitlers, die in der Zustimmung für Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten gipfelt. Die Erklärung Hitlers für Hindenburg ist der Ausdruck für die immer weitergehende **Unterordnung unter die Innen- und Außenpolitik des deutschen Finanzkapitals**, das auch die völlige Ablegung der bisher angewandten sozialen Phraseologie verlangt. Dieser Kurs hat die Anhänger Hitlers stutzig gemacht. Die Anerkennung der Brüningschen Notverordnungspolitik als Maßnahme, die dem Naziprogramm entsprechen, die vollkommene Billigung und Unterstützung aller Unternehmerforderungen auf Lohnabbau und gesteigerte Ausbeutung, die Organisierung der Streikbruchaktionen durch die Naziführer, die Anerkennung der Auslandsschulden und der Reparationsverpflichtungen durch Hitler, die völlige Deckung der Unterdrückungsmaßnahmen Mussolinis gegen die Deutschen in Südtirol, das alles hat **große Auseinandersetzungen** in den nationalsozialistischen Organisationen hervorgerufen. Besonders handelt es sich hier um **die aktiven, werktätigen und proletarischen Elemente der Sturmabteilungen**, die sich der vollkommenen Unterordnung Hitlers unter die Führung des Finanzkapitals widersetzen. Die Meutereien von SA-Gruppen in Berlin, in Stuttgart, in Neiße usw. beweisen, das mit aller Deutlichkeit.

Deswegen werden die Terrorüberfälle als Ablenkungsversuche der offiziellen Nazileitungen durch verstärktes Aufputschen der SA-Truppen gegen die Arbeiter und der planmäßigen Organisierung des Arbeitermordes inszeniert. Damit soll die Gefahr einer neuen Spaltung gebannt werden. Vor einigen Tagen haben wir bereits darauf hingewiesen, daß auch in Dresden und in anderen Orten Sachsens **scharfe Auseinandersetzungen bei den Nationalsozialisten auf der Tagesordnung stehen.** Genau so wie in Berlin werden auch hier **planmäßige Ueberfälle auf die Arbeiter vorbereitet.** Wir veröffentlichten dazu bereits am Freitag eine Zuschrift einer Gruppe von revolutionären Arbeitern, von denen mehrere bisher der RSDAP angehörten. In dieser Zuschrift wurden eindeutig die Auseinandersetzungen bei den Nazis in Dresden und auch die planmäßige Vorbereitung von Ueberfällen auf die Arbeiter festgestellt.

Die Tatsachen, die diese Zuschrift aufdeckt, müssen die Dresdner und die sächsische Arbeiterschaft veranlassen, **sofort ihre Gegenmaßnahmen auf der breitesten Grundlage zu treffen.** Die organisierten Mordüberfälle der Nazis in den letzten Tagen und die Vorbereitung einer Kette von neuen Ueberfällen erfordern gebieterisch den festesten Zusammenschluß aller Arbeiter in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Ortschaften. Ueberall muß die rote Einheitsfront der Arbeiter im Kampf gegen den faschistischen Mordterror erstehen.

Das leuchtende Beispiel des heldenhaften einheitlichen Kampfes der **Braunschweiger Arbeiterschaft** gegen die nationalsozialistischen Mordüberfälle anläßlich des Naziaufmarsches in Braunschweig im Oktober 1931 muß in die Erinnerung aller Arbeiter zurückgerufen werden. Schulter an Schulter wehrten sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter die Ueberfälle der schwerbewaffneten Mordstürme der SA auf die Arbeiterstraßen und -wohnungen ab. **Gemeinsame Schutzstaffeln** wurden in den Betrieben, an den Stempelstellen und den Häuserblocks geschaffen. Gegen die feige Ermordung von drei Arbeitern durch die Nazibanditen wurde am Tage der Beerdigung in fast allen Betrieben Braunschweigs der **politische Massenstreik** durchgeführt.

Diese einheitlichen und vorbildlichen Kampfmaßnahmen der Braunschweiger Arbeiterschaft waren aber nur möglich mit der Erkenntnis, daß die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter zur Abwehr des faschistischen Mordterrors nicht mit, **sondern gegen die SPD-Führerschaft hergestellt werden muß.**

Erst die Politik der SPD hat den Aufstieg der Nazibewegung und die Durchführung von Mordaktionen gegen die Arbeiterschaft **ermöglicht.** Das **Verbot des Roten Frontkämpferbundes**, das Auseinanderschlagen von Arbeiterdemonstrationen, die Aufhebung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, die Pressеverbote gegen kommunistische Zeitungen, die Abwürgung von Streiks und alle faschistischen Diktaturmaßnahmen der Brüningregierung sind **unter aktiver Mitwirkung der SPD erfolgt.** Alle diese Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft waren und sind aber gleichzeitig Maßnahmen der **Durchführung der faschistischen Diktatur** und damit auch der Förderung der nationalsozialistischen Bewegung, ihrer SA-Truppen und ihres Mordterrors gegen das Proletariat.

Diese Lehre muß in der gesamten Arbeiterschaft **Verbreitung finden.** Davon müssen alle sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter durch kameradschaftliche Diskussionen **überzeugt** werden.

Ebenso ist es notwendig, vor allem die SPD-Arbeiter über das neue **Betrugsmanöver**, das die SPD mit der Bildung der **„Eisernen Front"** durchführt, aufzuklären. Die „Eiserne Front" ist, wie das gestern in unserem Artikel ausführlich dargelegt wurde, keine Front gegen den Faschismus, sondern ein Teil **der faschistischen Front**, die die ganze deutsche Bourgeoisie, einschließlich der Nationalsozialisten und der SPD als linker Flügel, umfaßt. Genau so muß unser unerbittlicher Kampf geführt werden gegen die **Sendewitz- und die Brandlergruppe**, die beide mit ihren linken Phrasen die Arbeiterschaft irreführten und damit dem Sozialfaschismus und der Bourgeoisie **Hilfsdienste leisten.** Und nur in Verbindung damit kann die wirkliche Einheitsfront der Arbeiterschaft in den Betrieben, an den Stempelstellen und in allen Orten geschaffen werden. In diesem Sinne gilt es auch, sofort den **Aufbau von Schutzstaffeln** zum Kampf gegen den Faschismus, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Häuserblocks und Arbeiterstraßen zu organisieren.

Der Kampf gegen den faschistischen Mordterror kann aber **nicht** das einzige Ziel der roten Einheitsfront der Arbeiter sein. **Gleichzeitig** muß der Zusammenschluß aller **Arbeiter zur Sicherung ihrer Existenz, für Arbeit, Brot und Freiheit** erfolgen. **Wir wenden uns dabei besonders an die sozialdemokratischen Arbeiter**, an die es in dem Einheitsfrontappell des Zentralkomitees der KPD heißt:

Wir schlagen euch vor, bei jedem Angriff der Kapitalisten auf die Interessen von Arbeitern und anderen werktätigen Schichten, bei jedem Angriff der Faschisten in einmütiger, entschlossener Abwehr zusammenzustehen.

Wir sind ehrlich für die Einheitsfront mit euch sozialdemokratischen Arbeitern. Euer Wille zur Einheitsfront ist nicht der Kampf für die Verteidigung der bürgerlichen staatlichen Positionen von Polizeiministern und Polizeipräsidenten, sondern für die Verteidigung der proletarischen Klassen- und Lebensinteressen. Eure Einheitsfront kann nur im schärfsten Kampfe gegen die Brüning-Braun-Severing-Diktatur den Faschismus überwinden und die nationalsozialistische Partei des Arbeitermordes zerschlagen.

Es lebe die kämpfende proletarische Einheitsfront! Es lebe der brüderliche gemeinsame Kampf der KPD-, SPD- und allen Arbeiter gegen die Feinde der Arbeiterklasse!

Es lebe der revolutionäre Sieg des Sozialismus in Deutschland!

Neue Zölle und Preiserhöhung

Margarine und Brot werden teurer . Schlafwagenkarten billiger

Die Berliner Bäckerinnung beabsichtigt ab morgen Donnerstag **den Brotpreis vorläufig um zwei Pfennig zu erhöhen.** Am Donnerstag findet eine Besprechung der Bäckerinnung mit dem Preiskommissar statt, in der die Preiserhöhung höchstwahrscheinlich gebilligt wird.

In den nächsten Tagen wird **die Erhöhung der Zölle auf Schmalz, Talg, Tran und pflanzliche Oele** geplant, um dadurch eine **Erhöhung der Margarinepreise** zu erzielen. Der vor kurzem erhöhte **Butterzoll** nützte den Großagrariern wenig, da die große Mehrheit der Bevölkerung schon längst nur noch Margarine gebrauchen kann. Jetzt soll aber auch die Margarine teurer werden.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft, der gestern in Berlin tagte, wird schon in den nächsten Tagen **eine Verbilligung der Schlafwagenkarten bekanntgeben.** Diese Preisermäßigung soll ab 1. Februar in Kraft treten.

Das sind die Meldungen eines Tages: **Erhöhung des Brotpreises, Verteuerung der Margarine und Verbilligung der Schlafwagenkarten sowohl in der ersten, wie in der** [illegible] **Klasse.**

Bei dem Erlaß der vierten Notverordnung am 9. [illegible] vorigen Jahres wurde **von der Regierung** angekündigt, [illegible] Löhne und die Preise **gleichmäßig gesenkt werden.** [illegible] Prozent aller Löhne und Gehälter sind inzwischen [illegible] worden. Der Preiskommissar Dr. Goerdeler mußte letzte[illegible] daß die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und [illegible] 3,5 Milliarden gesenkt ist.

3,5 Milliarden Mark werden den Arbeitern, Angest[illegible] und Beamten genommen. Die Preise aber für Lebens- und Bedarfsgegenstände, die die Millionen Vollbeschäftigte, Kurzarbeiter und Erwerbslose kaufen, sinken nicht. **Margarine sollen teurer werden.**

Die Angaben des Statistischen Reichsamtes sind, [illegible] von einer Senkung der Ernährungskosten sprechen, eine [illegible] führung der Oeffentlichkeit. Wenn tatsächlich bei verschiedenen Bedarfsgegenständen eine Senkung eingetreten ist, so bedeutet [illegible] die im Haushalt des Arbeiters und noch **viel mehr** des Erwerbslosen seit Jahren keine Rolle spielen. **Die Preise für Kommißbrot, Kartoffeln, Gemüse, Margarine, Schmelzkäse, Quark und Milch sind nicht gesenkt worden.**

Jetzt soll das letzte Pfund Margarine der Arbeiterfamilie genommen werden. **Das Brot soll teurer werden.** Das [illegible] sich „gleichmäßige Senkung der Löhne und Preise", wie [illegible] den streikbrecherischen SPD-Führern versprochen wurde.

Unter Führung der Kommunistischen Partei und der [illegible] lutionären Gewerkschaftsopposition sammeln sich alle [illegible] ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit zum gemeinsamen Kampf für Brot, für Arbeit, gegen die Notverordnungsdiktatur!

Parteiarbeiterkonferenz für Groß-Dresden

heute 19.30 Uhr im **Keglerheim** Friedrichstraße Genosse Ferlemann spricht über: **Unsere Aufgaben in der Gegenwart .** Alle anderen Veranstaltungen haben auszufallen!

Parteibuch gilt als Ausweis

12 Frauen durch nationalsozialistische Mordkolonnen verletzt

Organisierter Ueberfall . Polizei löst Versammlung auf und sichert Nazis freien Abzug

Berlin, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Gestern abend führte eine Kolonne von 250 bis 300 Nazis unter Führung des Standarten-Führers Fiedler und des bekannten „Gau"-Redners Bürger einen planmäßigen Ueberfall auf die Versammlung des „Untersuchungsausschusses des Hakenkreuzterrors" durch.

Mitten im roten Osten Berlins beabsichtigten die Nazi-Terrorbanden in geradezu viehischer Weise über proletarische Frauen, die den Hauptteil der Versammlung bildeten, herzufallen. Ein Stoßtrupp ging sogar gegen die Frau des ermordeten Fritz Klemke vor, die aber von den Arbeitern geschützt wurde.

In diesem Augenblick drang die Polizei in den Saal ein, erklärte die Versammlung für aufgelöst und schlug sofort auf den eingreifenden proletarischen Saalschutz ein.

Die Tatsache, daß 12 Frauen verletzt wurden, also offenkundig ein gemeiner Nazi-Ueberfall vorliegt, hinderte die Polizei nicht, auch noch die geschlossenen Trupps der Nazis abmarschieren zu lassen.

Ueberfall in Braunschweig

Braunschweig, 27. Jan. (Eig. Drahtb.)

Aus den Braunschweiger SA-Kasernen zogen gestern 80 SA-Leute unter Führung des Stadtverordneten Storbeck in die Arbeiterviertel und provozierten eine Schlägerei mit der Arbeiterschaft. Die SA-Leute schossen. Einer der SA-Schützen wurde von der Polizei festgenommen.

Proteststreik gegen Nazimord

Braunschweig 26. Januar. (Eig. Be[richt])

Am Sonnabend beschloß eine Betriebsversammlung der [illegible] tischen Arbeiter, Abteilung Fuhrpark, Montag früh, von [illegible] 10.30 Uhr, einen Proteststreik durchzuführen. Dieser [illegible] schluß wurde gestern Vormittag durchgeführt. Die Arbeiter [illegible] gen vor, für den Tag der Beerdigung des Reichsbannerkameraden **Meier, den Proteststreik in allen Betrieben Braunschweigs zu erklären.**

Bautzner Genossen verhaftet

Am gestrigen Tage ist der Genosse Walter Heiß in Bautzen von der Polizei aus seiner Wohnung weg verhaftet worden. **Ohne jedwede Begründung und ohne Haftbefehl** haben die Polizeibeamte diesen Genossen zur Polizeiwache geführt und dann ins sogenannte Arresthaus eingeliefert.

Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ist die Schutzhaft verhängt worden, um angeblich geplante Plünderungen von Lebensmittelgeschäften zu verhindern. Heiß soll [illegible] Führer gewesen sein. Angeblich in der gleichen Angelegenheit ist auch der Genosse Kreibisch ebenfalls in Bautzen [illegible] worden.

Aufmarsch der roten Klassenfront

6 Massenversammlungen der KPD gegen die „eiserne" Hindenburg-Front . Die Arbeiter für den [illegible] Kandidaten Thälmann . 18 Frauendelegierte gewählt . Aufnahmen für Partei und Massenorganisation

Dem Appell der Kommunistischen Partei zum Besuch von 6 Versammlungen in den verschiedensten Stadtteilen [illegible] waren die Werktätigen in großen Massen gefolgt. Sämtliche Versammlungen waren glänzend besucht. Ein Beweis, daß die Kommunistische Partei die Massen für die rote Klassenfront zu gewinnen versteht und der Widerstandswille der Arbeiter [illegible] Der gute Besuch ist um so beachtenswerter, als die SPD am gleichen Abend 2 große Veranstaltungen in Sälen und eine auf [illegible] Schützenplatz hatte, in denen sie ein Mitglied der SPF sprechen ließ. Die Arbeiter stoßen zur roten Klassenfront und [illegible] unter Führung der KPD die rote Einheit zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit, für den Sozialismus.

Im Kegelerheim

Hier war der Saal gedrängt voll. Sitzend und stehend lauschten die Massen den Ausführungen der Genossen Renner und Grunert. Starker Beifall ertönte, als die Redner die Rolle der Schleichregierung und der Dresdner Kommunalverwaltung beleuchteten. Begeisterung ergreift die Massen bei der Mitteilung über die Kampfstimmung der Eisenbahner und anderer Berufsgruppen. In der Diskussion sprachen mehrere Arbeiter. Zum Kongreß werktätiger Frauen wurde eine Delegierte gewählt.

Gasthof Blasewitz

Die Versammlung war von etwa 500 Personen besucht. Oft von Beifall unterbrochen, behandelte Gen. Gäbel das Thema: „Eiserne Hindenburgfront oder rote Einheitsfront". Von den zahlreich erschienenen Frauen wurde 1 Delegierte zum Kongreß der werktätigen Frauen gewählt. Ein Genosse der RGO [illegible] zum Eintritt in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition [illegible]

Im Gasthof Wölfnitz

In Wolfnitz sprachen in überaus stark besuchter Versammlung der Stadtverordnete Neuhof und der Landtagsabgeordnete Rudolf Renner. Bemerkenswert ist das Erscheinen vieler [illegible] Arbeiter. Alle Anwesenden lauschten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen beider Redner, und die oftmalige Zustimmung und der Beifall ließen erkennen, daß diese beiden Genossen mit der Arbeiterschaft verbunden sind. Mit starkem Beifall wurde die Kandidatur Ernst Thälmanns zur Reichspräsidentenwahl aufgenommen. In der Diskussion sprachen ein [illegible] empfänger und ein Anarchist, außerdem hatte ein SPD-[illegible] schriftlich einige Fragen gestellt. Klar und nüchtern beantwortete Gen. Renner im Schlußwort die Fragen dieser Diskutanten, während sich der Anarchist sagen lassen mußte, daß er [illegible] der proletarischen Revolution noch sehr weit entfernt ist. [illegible] Aufnahmen für Partei und RGO zeigten von der Werbekraft der Kommunistischen Partei. Eine Resolution zur politischen Lage wurde einstimmig angenommen.

Von den Frauen wurden 2 Delegierte für den Kongreß der werktätigen Frauen gewählt.

Im Gasthof Dobritz

Hier sprach der Genosse Siegel zu den zahlreich erschienenen Arbeiterinnen und Arbeitern. Ausgehend von den Verhältnissen im Landtag zeigte er die Rolle der Brüning- und Schieberregierung. Die wachsende Kampfstimmung der Elendsbasis beweist, daß der Widerstandswille der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen im Wachsen begriffen ist. [illegible] gen die „Eiserne Hindenburgfront" der Nazis und SPD [illegible] die rote Einheitsfront zum Kampf: Klasse gegen Klasse [illegible]

In der Diskussion sprachen 3 Arbeiter. Ein SPD-[illegible] begründete seinen Austritt aus der SPD.

Die Resolution wurde mit dem Zusatz, daß die Werktätigen die Kandidatur des Gen. Ernst Thälmann zur Reichspräsidentenwahl begrüßen, einstimmig angenommen. [illegible] für die Partei konnten in der Versammlung gemacht werden.